



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

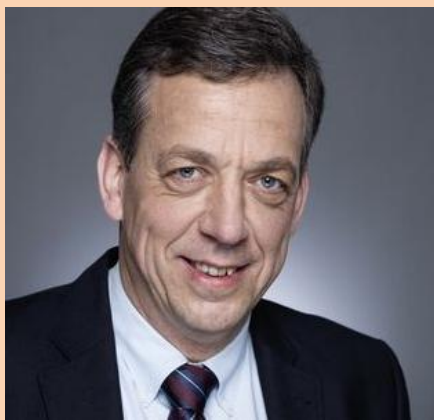
KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Mai 2017

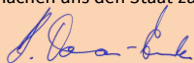
EDITORIAL

Thümmler: „Wir hören zu, wir kümmern uns, wir gehen die Dinge an“ – CDU-Landtagsfraktion feiert 70-jähriges Jubiläum



Liebe Leserinnen und Leser,

es läuft derzeit nicht gut für rot/grün und nach drei verlorenen Landtagswahlen ist in der niedersächsischen Landesregierung der „Krisenmodus“ ausgerufen. Am Donnerstag musste der Wirtschaftsminister seine Staatssekretärin entlassen, der Pressesprecher wurde versetzt und die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen aufgenommen – Vorwurf: Veruntreuung. Nun ist durch öffentlichen Druck, der durch Presseanfragen entstanden ist genau das eingetreten, was eine Kernaufgabe der „vierten Gewalt“ ist und somit ein Selbstreinigungsmechanismus der parlamentarischen Demokratie in einer klassischen Form ausgelöst worden. Es stellen sich jedoch noch mindestens drei weitere ernsthafte Fragen: Wie konnte eine solche rechtswidrige Vergabepraxis im Ministerbüro ohne Wissen des Ministers – die Staatssekretärin ist laut eigener Aussage seine „engste Vertraute“ – mehrfach angewandt werden? Wenn der Minister nichts von all dem in seinem eigenen Stab mitbekommen hat ist zu fragen, ob er sein Ministerium überhaupt im Griff hat und er vor diesem Hintergrund zu halten ist? Drittens und entscheidend neben der Aufarbeitung bleibt die Frage nach dem politischen Schaden für öffentliche Verwaltungen bzw. Vergabeverfahren, wenn die oberste Kontrollbehörde selbst die Ausschreibungen und damit die Aufträge nach eigenem „Gutdünken“ bereits im Vorfeld „steuert“. Dass ein Radiosender dann noch quasi per „Nebenabrede“ die Arbeit der Landesregierung – Motto: Eine Hand wäscht die andere - in ein besonders positives Licht rücken sollte, gibt dem Ganzen noch ein weiteres unappetitliches „Geschmäckle“. Nach meiner Einschätzung handelt es sich bei dieser Affäre um einen klassischen Fall von: „Wir machen uns den Staat zur Beute.“



Hannover. „Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen“: Unter diesem Motto hat die Festveranstaltung „70 Jahre CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag“ in Anwesenheit von rund 400 Gästen in Hannover stattgefunden. In seiner Festrede hat der CDU-Fraktionschef Björn Thümmler daran erinnert, wie sich das Land Niedersachsen, aber vor allem die Landespolitik in den letzten 70 Jahren gewandelt habe. Eines sei aber immer gleich geblieben: der besondere Gestaltungsanspruch der CDU-Landtagsfraktion. „Wir hören zu, wir kümmern uns, wir gehen die Dinge an. Vor allem sind wir an Lösungen interessiert“, so Thümmler. „Mit dem Gespür für die Anliegen der Menschen und mit dem Weitblick für mutige Entscheidungen wollen wir als CDU-Fraktion im engen Schulterschluss mit der CDU in Niedersachsen die Landespolitik in Zukunft wieder an führender Stelle mitgestalten.“



13. Mai 2017:

70 JAHRE CDU-FRAKTION IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG

Der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen und Spitzenkandidat, Dr. Bernd Althusmann, lobte die kontinuierliche Arbeit der Fraktion in den vergangenen 70 Jahren: „Die CDU-Landtagsfraktion war immer eine gestaltende Kraft in der Geschichte Niedersachsens – sei es als Fraktion zur Unterstützung von Ministerpräsidenten, sei es als streitbare Oppositionsfraktion, die der Regierung auf die Sprünge hilft und neue Gedanken einbringt. In Niedersachsen hat die CDU-Landtagsfraktion sich für unser Parlament und damit für unsere Bürger aber immer auch ernsthaft und sachpolitisch engagiert. Dieses Jubiläum ist für mich daher insbesondere ein Ausrufezeichen unserer lebendigen und lebhaften Demokratie.“

Im Anschluss daran hat CDU-Fraktionschef Thümmler gemeinsam mit den ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Gansäuer (1988 – 1994) und David McAllister (2003 – 2010) einen Rückblick über die politischen Weichenstellungen gegeben, die die Fraktion seit dem 13. Mai 1947 geprägt haben. Thümmler: „Wir haben in den letzten 70 Jahren gezeigt, dass wir für Niedersachsen viel Gutes bewegen können. Lassen Sie uns auf diesem Weg weitergehen.“

Schünemann: Vergabe-Affäre im Wirtschaftsministerium mit Rücktritt der Staatssekretärin nicht beendet – CDU kündigt Untersuchungsausschuss an

Hannover. In der Affäre um Vergabe-Mauscheleien im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium hat die CDU-Landtagsfraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angekündigt. Nach einer erneuten Erklärung von Wirtschaftsminister Lies vor dem Parlament erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Schünemann: „Mit dem Rücktritt der Staatssekretärin ist die Aufklärung der Vergabe-Affäre nicht beendet, sie steht erst am Anfang.“ Die Entlassung von Staatssekretärin Behrens bezeichnet Schünemann als zwingend notwendig, aber überfällig. „Vor einer Woche ist bekannt geworden, dass das Verhalten der Staatssekretärin einen Schaden in Höhe von rund 500.000 Euro verursacht hat. Der Minister hätte sie daraufhin zumindest beurlauben und ein Disziplinarverfahren einleiten müssen. Dass er nichts unternommen hat, wirft unweigerlich die Frage auf: Weiß Minister Lies nicht, was im unmittelbaren Umfeld seines Büros vor sich geht, oder ist er Teil des Systems.“ Schünemann weiter: „Es ist unfassbar, dass Ausschreibungen des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums offenbar nicht selten vom späteren Auftragnehmer im Vorfeld dem Ministerbüro diktiert wurden. Die heimliche Begünstigung von Bewerbern einer Ausschreibung durch die Hausspitze ausgerechnet des für Vergabe zuständigen Ministeriums schadet dem Ansehen des Landes und erschüttert das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Niedersachsen.“



Die Affäre müsse gründlich aufgeklärt werden, allerdings nicht durch den Minister selbst. „Die Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsministeriums würde zusätzlichen Schaden nehmen, wenn ausgerechnet Minister Lies die Mauscheleien in seinem direkten Umfeld aufklären wollte. Der Untersuchungsausschuss wird die Vorgänge in Lies' Ministerbüro sorgfältig durchleuchten. Gibt es weitere unlautere Absprachen, wird der Untersuchungsausschuss diese zu Tage bringen.“ Die von Lies angekündigte Veränderung der Organisationsstrukturen im Wirtschaftsministerium bezeichnete Schünemann als absurd. „Es gibt ja ein Vergabereferat im Wirtschaftsministerium – es wurde aber offenbar bewusst umgangen.“

Adasch: Mehr Videoüberwachung trägt zu mehr Sicherheit und zur besseren Aufklärung von Straftaten bei



Hannover. Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Adasch, hat sich in der Plenardebatte zu dem FDP-Antrag „Moderne Technik für eine ausgewogene Videoüberwachung“ für mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum ausgesprochen: „Über 80 Prozent der Bürger wünschen sich laut Umfragen mehr Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, Straßen und vor allem im öffentlichen Personennahverkehr. Videoüberwachung trägt nicht nur zum Schutz der Bürger, sondern vor allem zu einer besseren Aufklärung von Straftaten bei.“ Anstatt die Videoüberwachung weiter einzuschränken, sollte sich

die rot-grüne Landesregierung für sichere und ausgewogene Regelungen für eine umfassende Videoüberwachung einsetzen. „Der Rechtsstaat lebt davon, dass nicht nur der Staat die Rechte der Bürger achtet, sondern dass er diese Rechte auch schützt.“ Die Videoüberwachung könne dafür ein wirksames Instrument sein. „Aus diesem Grund brauchen wir mehr Videoüberwachung, nicht weniger“, so Adasch.

Anders als in dem FDP-Antrag gefordert, begrüße die CDU-Fraktion die flächendeckende Videoüberwachung im öffentlichen Personennahverkehr ausdrücklich. Adasch: „Die angestrebte vollständige Ausstattung von Zügen mit Kameras ist das richtige Signal, die Sicherheit der Fahrgäste zu stärken.“ Nicht zuletzt haben die Kölner Silvesternacht oder der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz gezeigt, wie wichtig Videoaufnahmen für die Ermittlungsarbeit der Polizei seien. Adasch: „Auf Bundesebene haben CDU, CSU und SPD die Befugnisse zur Videoüberwachung in öffentlichen Bereichen, die sich im Privatbesitz befinden, bereits deutlich

ausgebaut – etwa in Einkaufszentren oder auf Flughäfen. Die SPD in Niedersachsen muss jetzt unmissverständlich klarstellen, ob sie für mehr Sicherheit sorgen will oder den Ausbau der Videoüberwachung gemeinsam mit den Grünen weiterhin blockieren möchte.“

Oesterhelweg: Bürokratisch, praxisfern und unausgegoren: Rot-grüner Entwurf für Agrarstruktursicherungsgesetz geht an Problemstellung auf niedersächsischem Bodenmarkt völlig vorbei

Hannover. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, hat den von der rot-grünen Landesregierung in den Landtag eingebrachten Entwurf für ein Agrarstruktursicherungsgesetz scharf kritisiert. „Der vorgelegte Gesetzentwurf ist unausgegoren, praxisfern und viel zu bürokratisch“, so Oesterhelweg.



Der Herausforderung, die Situation auf dem niedersächsischen Bodenmarkt zu entspannen, werde er in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil: „Statt den Produktionsfaktor Boden in einer breitgefächerten Eigentümerstruktur zu halten und ihn vor dem Zugriff von Kapitalanlegern zu schützen, wird branchenfremden Interessenten der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen sogar noch erleichtert.“ Zum Teil würden Landwirte beim Flächenankauf sogar benachteiligt. „Eine Bevorzugung einzelner Interessentengruppen, wie sie der Gesetzentwurf aktuell vorsieht, ist aus unserer Sicht verfassungswidrig – ebenso wie die geplante Einschränkung landwirtschaftlicher Betriebe bei Kauf und Pacht“, kritisiert der CDU-Fraktionsvize. „Vor allem für Junglandwirte bedeuten die geplanten Regelungen eine deutliche Verschlechterung ihrer Zukunftsperspektiven. Sie rechnen mit gravierenden Einschnitten für die weitere Entwicklung ihrer Betriebe.“

Auch im Hinblick auf die Umsetzung des geplanten Gesetzes gebe es viele Fragezeichen. „Die kommunalen Spitzenverbände fürchten, dass Arbeitsaufwand und Kosten unter Missachtung des Konnexitätsgebots auf die Kommunen abgewälzt werden und haben sich deshalb ebenfalls klar gegen das Gesetz ausgesprochen“, so Oesterhelweg.

Althusmann zum Steuerkonzept: SPD-Ministerpräsident tritt dem Kandidaten Schulz mit voller Wucht von hinten in die Knie!



Hannover. Die aktuellen Äußerungen in der Steuerpolitik von Ministerpräsident Stephan Weil kommentiert der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann, wie folgt: „Offenbar hat die Wahl in Nordrhein-Westfalen die Sozialdemokraten endgültig verwirrt! Der amtierende niedersächsische SPD-Ministerpräsident tritt dem Kandidaten Schulz nur zwei Tage danach mit voller Wucht von hinten in die Knie! Sein steuerpolitischer Schnellschuss ist auf Knalleffekte gerichtet. Jetzt ist das Chaos unter Sozialdemokraten perfekt. Dass der niedersächsische Ministerpräsident seinem

eigenen Kanzlerkandidaten derart in die Parade fährt, bevor dieser seine eigenen Vorstellungen überhaupt vorgelegt hat, wirft ein bezeichnendes Licht auf den inneren Zustand der SPD.

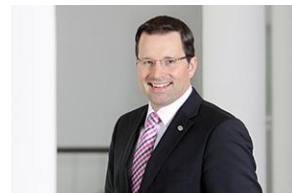
Niedersachsens Ministerpräsident läuft einmal mehr der Politik der Union hinterher. Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Umfang von 15. Mrd. Euro bereits öffentlich dargelegt. Ebenso verhält es sich mit einer Reform des Solidaritätszuschlags. Aus meiner Sicht ist eine schnellere, in zwei Stufen zu vollziehende Reduzierung bis spätestens 2025 umsetzbar. Wir brauchen in Ost wie West in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung gezielte Investitionen. Gerade in Niedersachsen besteht dringender Bedarf. Die Förderung muss dabei projektbezogen nach klaren Regeln erfolgen. Eine pauschale Entlastung überschuldeter Landeshaushalte darf es nicht geben. Wir dürfen die Solidaritätsbemühungen der Bürger nicht überstrapazieren.

Das Weil-Konzept sieht massive Steuererhöhungen vor. Das Einkommen soll zukünftig bereits ab 58.000 Euro mit

45% besteuert werden und der Spitzensteuersatz soll zukünftig 49% statt 45% betragen und bereits ab 150.000 Euro Jahreseinkommen greifen. Dieser Anstieg würde vor allem nicht nur höhere Einkommen betreffen, sondern den Großteil der kleinen und mittleren Unternehmen sowie viele Selbstständige – die Basis der niedersächsischen Wirtschaft.

Seefried: Rot-Grün vernachlässigt Bildung in sozialen Brennpunkten – CDU fordert Konsequenzen aus den Zuständen in Hannover-Mühlenberg

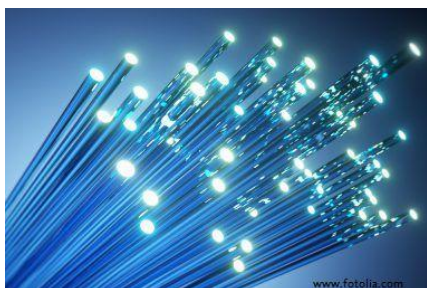
Hannover. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, wirft der rot-grünen Landesregierung vor, Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten von guter Bildung abzuhängen. „Das Beispiel Hannover-Mühlenberg zeigt die Schwächen sozialdemokratischer Bildungspolitik in den Großstädten ganz deutlich: Es gibt zu wenige Ganztagsangebote, zu wenig pädagogisches Personal und zu geringe Kapazitäten für die dringend notwendige Sprachförderung“, so Seefried im Anschluss an die heutige Plenardebatte zum CDU-Antrag „Pädagogischer Notstand‘ in Teilen der Landeshauptstadt? Landesregierung muss Bildung für alle Kinder auch in ‚sozialen Brennpunkten‘ sicherstellen“.



Seefried: „Die erschütternden Bilder aus der Kita am Canarisweg – in der Kinder und Erzieherinnen fürchten müssen, von Müll und sogar Möbelstücken getroffen zu werden, die die Bewohner der anliegenden Wohnungen achtlos von ihren Balkonen werfen – hätten die Kultusministerin längst zum Eingreifen bewegen müssen. Spätestens seit Bildungsexperten an der Grundschule Mühlenberg den ‚pädagogischen Notstand‘ ausgerufen haben, gibt es keinen Vorwand mehr, tatenlos zuzuschauen. Als ehemaligen Oberbürgermeister Hannovers müsste es Ministerpräsident Weil eigentlich ein besonderes Anliegen sein, für Chancengerechtigkeit bei der Bildung in allen Teilen der Landeshauptstadt zu sorgen.“

In ihrem Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, die Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sozialen Brennpunkten in den Blick zu nehmen. Neben dem Ausbau der Sprachförderung müsse in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden ein landesweit tragfähiges Konzept für die Verbesserung von Bildungsangeboten in den betroffenen Stadtteilen entwickelt werden. „Es darf nicht sein, dass ausgerechnet Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund keinen Krippen- oder Kitaplatz erhalten. Gerade diese Kinder benötigen in der Regel eine besonders intensive Förderung, um in der Schule mit ihren Mitschülern Schritt halten zu können.“ Ferner fordert die CDU-Fraktion sicherzustellen, dass an den Brennpunktschulen ausreichend Schulsozialarbeiter sowie pädagogisches Unterstützungspersonal eingesetzt wird.

Althusmann: „Wir machen Niedersachsen zum Gigabit-Land“



Hannover. Den digitalen Wandel nicht nur aktiv begleiten, sondern innovativ gestalten. Dieses Motto stellte der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann, in den Mittelpunkt seiner Vorstellungen zur Digitalisierung. Dadurch sollen gut bezahlte Arbeitsplätze, starke Unternehmen, eine digitale Landwirtschaft, die natürliche Ressourcen schont, und eine moderne, bürgernahe Verwaltung geschaffen werden. Althusmann: „Wir wollen an die digitale Spitze. Wir machen Niedersachsen zum Gigabit-Land. Das heißt: bis zum Jahr 2022 schaffen wir Highspeed-Internet für jeden Bürger, in jeder Wohnung, in jedem Haus und in jedem

Betrieb. „Zwei Themen stehen dabei im Mittelpunkt der Überlegungen: der landesweite Netzausbau und die Stärkung der „digital skills“. Die Befähigung und Teilhabe im Umgang mit Digitalisierung in den Städten und auf dem Land ist das erklärte Ziel der CDU in Niedersachsen. Der Landesvorsitzende stellte ein 10-Punkte-Programm vor, in dem unter anderem der Netzausbau unter dem Stichwort Datenautobahn Niedersachsen einen zentralen Schwerpunkt bildet.

Des Weiteren sollen kleine und mittelständische Unternehmen mit dem Digitalbonus.Niedersachsen unterstützt werden, es wird eine Fortbildungsoffensive für Lehrer und eine Log-In-Offensive für Schüler geben. 20 Digitalisierungsprofessuren werden für den digitalen Forschungscampus Niedersachsen geschaffen, die Digitale Forschung soll mit einem Jahresprogramm gefördert werden und in der Landwirtschaft setzt die CDU auf Smart

Farming. Im Gesundheitsbereich sollen mit dem Aktionsplan eHealth die Chancen der digitalen Medizin genutzt werden, bei der Verkehrsführung setzt die niedersächsische CDU auf Smart Traffic um z.B. ein Baustellenmanagement mit Echtzeitinformationen zu fördern und das Bürgerportal Niedersachsen soll den Menschen Behördengänge ersparen. Sie sollen online auf Verwaltungsleistungen zugreifen können. Althusmann: „Wir müssen das Land aufrütteln, in allen Regionen des Landes gleichermaßen. Wer die Digitalisierung verschläft, setzt seine Zukunft aufs Spiel. Niedersachsen soll zum Gewinnerland der Digitalisierung werden. Die Debatte ist eröffnet – für unsere Mitglieder, für Experten, für die Öffentlichkeit.“

Runder Tisch Landwirtschaft diskutiert mit Staatssekretär Dr. Aeikens zum Thema: „Die Zukunft der Landwirtschaft: Zwischen Werbekitsch und Realität, Bauern und Konsumenten, Erwartungen und Missverständnissen?“

Hannover. Zum letzten Mal in dieser Wahlperiode kam der im Jahr 2014 von der CDU-Landtagsfraktion initiierte Runde Tisch Landwirtschaft im Niedersächsischen Landtag zusammen. Zentrales Thema der Veranstaltung, an der auch CDU-Landeschef Bernd Althusmann sowie der CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler teilnahmen, war die



Frage, wie die zunehmende Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern überwunden werden kann. In seinem Impulsvortrag mahnte der Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Onko Aeikens, sich wieder auf die christlichen Werte der CDU zu besinnen. Der Dialog und die grundsätzliche Bereitschaft, Konflikte gemeinsam zu lösen, sei Grundvoraussetzung für eine dauerhaft akzeptierte Landwirtschaft. Aeikens plädierte außerdem für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen

staatlichen Kontrollen und Selbstverpflichtung der Land- und Ernährungswirtschaft. Auch der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke, sprach sich für mehr Vertrauen in die Erzeuger und weniger staatliche Kontrollen aus. „Die CDU-Fraktion setzt sich für eine leistungsfähige Landwirtschaft ein, die auch in Zukunft flächendeckend, nachhaltig und wirtschaftlich arbeiten kann“, so der CDU-Agrarexperte am Rande der Veranstaltung. Dammann-Tamke weiter: „Der Runde Tisch hat sich als wertvolles Instrument bewährt, bei dem der offene und vertrauensvolle Austausch der Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Verbraucherschutz sowie Land- und Ernährungswirtschaft im Vordergrund steht. Die Diskussion um eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft wird uns auch in Zukunft weiter beschäftigen. Aus diesem Grund wollen wir den Runden Tisch auch in der nächsten Wahlperiode fortführen.“ Weitere Themen der Diskussion waren unter anderem die Nutztierhaltung, das Tierwohl-Label, das Baurecht sowie der Schutz des Trinkwassers.

CDU-Landtagsabgeordnete thematisieren Deicherhöhung im Landtag

Stade. Die CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke haben sich jetzt mit einer schriftlichen Anfrage zu notwendigen Deicherhöhungen in unserer Region an die Niedersächsische Landesregierung gewendet. Die Abgeordneten fragen: „Wann beginnt die Landesregierung mit Küstenschutzmaßnahmen an der Unterelbe?“ Die beiden Abgeordneten nehmen mit ihrer Anfrage Bezug auf ein Treffen der Staatssekretärin im Niedersächsischen Umweltministerium Almut Kottwitz mit den



Landräten aus Stade Michael Roesberg, aus Cuxhaven Kai-Uwe Bielefeld und aus Harburg Rainer Rempe sowie dem Cuxhavener Oberbürgermeister Dr. Ulrich Getsch, sowie Vertretern der regionalen Deichverbände. In diesem Gespräch haben die Vertreter der Region gegenüber dem Umweltministerium deutlich ihr Unverständnis über das weitere Verschleppen der notwendigen Küstenschutzmaßnahmen an der Unterelbe zum Ausdruck gebracht. Bereits seit 2007 liegt der Generalplan Küste des Landes Niedersachsen vor. In dem Generalplan hat das Land Niedersachsen damals bereits entschieden, bei der Bemessung der Deichhöhen ein 50cm erhöhtes Vorsorgemaß für den Meeresspiegelanstieg zu berücksichtigen. Die CDU-Landtagsabgeordneten wollen in ihrer Anfrage jetzt wissen, was das Niedersächsische Umweltministerium als oberste Deichbehörde in den vergangenen Jahren getan hat, um den Generalplan Küste auch für die Unterelberegion umzusetzen und wie weitere zeitliche Perspektiven aussehen. Die Abgeordneten wollen mit ihrer Anfrage zusätzlichen Druck auf die Landesregierung ausüben, damit die dringend notwendigen Küstenschutzmaßnahmen an der Elbe möglichst zeitnah auf den Weg gebracht werden und die jetzt bereits seit einigen Jahren bestehende Unsicherheit der Deichverbände beseitigt werden kann. Mit einer Antwort der Niedersächsischen Landesregierung ist in circa 4 Wochen zu rechnen.

Oesterhelweg: Rot-Grün rudert bei Wassergesetz zurück – Druck der CDU-Fraktion zeigt Wirkung

Hannover. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, hat das ideologische und intransparente Vorgehen der rot-grünen Landesregierung bei der Novellierung des Wassergesetzes scharf kritisiert: „Erst verunsichert und verunglimpft die rot-grüne Landesregierung mit ihrem Gesetzentwurf den gesamten Berufsstand der Landwirte, jetzt rudert sie – wie schon beim Landesraumordnungsprogramm – kleinlaut zurück. Es ist völlig unverständlich, dass sich erst massiver Widerstand formieren musste, damit Minister Wenzel die notwendigen Korrekturen an seinem Entwurf vornimmt. SPD und Grüne haben sich augenscheinlich nicht mit den Betroffenen unterhalten, bevor sie ihr Gesetz auf den Weg gebracht haben. Offenkundig hat es erst massiven Drucks sowie einer öffentlichen Anhörung der CDU-Fraktion von über 100 Experten aus der Land- und Wasserwirtschaft bedurft, um der Landesregierung die Augen zu öffnen.“

Oesterhelweg weiter: „Unsere Kritik am kompromisslosen Festhalten an der Fünf-Meter-Regelung hat Wirkung gezeigt. Auch der Verzicht eines grundsätzlichen Nährstoffverbots zugunsten des entsprechenden Bundesfachrechts ist die Folge des anhaltenden Protests gegen den rot-grünen Gesetzentwurf.“ Für den Fraktionsvize sind mit dem Kabinettsentwurf aber noch nicht alle Kritikpunkte ausgeräumt: „Die Verbandsbeteiligung am Wassergesetz war bislang nicht ausreichend. Wir brauchen dringend eine umfassende Anhörung in den Fachausschüssen. Zudem werden wir die Rückmeldungen aus der Praxis genau prüfen. Wir wollen praxistaugliche und gut abgestimmte Lösungen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen, Wasserqualität und Hochwasserschutz zu verbessern.“

Lorberg: Mehr Aufwand, wenig Effekt: Überflüssiges Transparenzgesetz belastet die Kommunen



Hannover. Als „überflüssig“ bezeichnet die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Editha Lorberg, den von der rot-grünen Landesregierung beschlossenen Entwurf für ein Niedersächsisches Transparenzgesetz. „Der einzige Zweck des Gesetzes ist es, die bislang magere Regierungsbilanz von SPD und Grünen scheinbar aufzupolieren – zu mehr Transparenz wird es nicht führen“, sagt Lorberg. So werde auch künftig ein Großteil der Auskunftsbegehren von Bürgern seitens der Behörden abgelehnt werden müssen, weil sie persönliche Daten Dritter betreffen. Von

seinem Hamburger Vorbild sei der Entwurf zudem weit entfernt. Auch die Kommunen lehnen die rot-grüne Gesetzesinitiative ab. Lorberg: „Für die kommunalen Verwaltungen bedeutet das Gesetz vor allem zusätzlichen administrativen und personellen Aufwand.“

Statt für ein halbfertiges Transparenzgesetz plädiert Lorberg für ein umfassendes Konzept zum Umgang mit innovativen Zugängen zu staatlichen Informationen inklusive eines E-Government-Gesetzes. „Die digitalisierte Wissensgesellschaft erwartet mehr vom Staat, als das er auf aktive Anfrage Informationen ausgibt“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Wichtige Informationen zu öffentlichen Dienstleistungen und Vorschriften müssten sinnvoll vernetzt und zum Abruf bereitgestellt werden. „Dass einer Landesregierung, die es mit der Transparenz gegenüber dem Landtag selbst nicht so genau nimmt, dafür die Ideen fehlen, ist wenig verwunderlich“, betont Lorberg mit Blick auf die zahlreichen Niederlagen, die Rot-Grün in der laufenden Legislaturperiode vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg aufgrund von Verstößen gegen die Auskunftsrechte der Opposition einstecken musste.

Abgeordnete Seefried und Dammann-Tamke setzen beim Thema Polizeipräsenz nach.

Landkreis Stade. Die aktuelle Debatte um die Polizeipräsenz im Gebiet der Polizeidirektion Lüneburg ist Gegenstand von parlamentarischen Initiativen im niedersächsischen Landtag. So hat die CDU-Landtagsfraktion eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, die die Stellenbesetzung der Polizei in der gesamten Fläche des Landes abfragt. „Wir werden daraus einen unmittelbaren Vergleich ableiten können, der das enorme Ungleichgewicht in der Stellenbesetzung bei der niedersächsischen Polizei objektiv aufzeigt“, so Kai Seefried. Es

steht außer Frage, dass die am Beispiel der PI-Harburg aufgezeigte Situation beispielhaft für alle Polizeieinspektionen innerhalb des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg ist. Die Situation im Landkreis Harburg wurde von den Polizeigewerkschaften kürzlich öffentlich gemacht. Dammann-Tamke ergänzt: „Es geht nicht darum, die tolle Arbeit unserer Polizei in Frage zu stellen. Es ist auch nicht so, dass das krasse Ungleichgewicht in der polizeilichen Personalstärke „über Nacht“ entstanden sei, sondern es geht darum, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg in unverhältnismäßig hoher Weise im Vergleich zu ihren übrigen niedersächsischen Kollegen belastet sind. Und es geht auch darum, dass die Bevölkerung zu recht gleiche Maßstäbe bei der Präsenz von Sicherheitskräften einfordert.“ Dammann-Tamke und Seefried stimmen darin überein, dass es jetzt an der Zeit ist, im Rahmen von Neubesetzungen, hier gegenzusteuern. „Wir sehen unsere Aufgabe darin, gemeinsam mit der polizeilichen Interessenvertretung Druck zu machen, denn auch die Statistik – Beispiel: Die Einbruchszahlen im Jahr 2015 mit einem Spitzenplatz für den LK Stade – zeigen deutlich auf, dass es hier im Hamburger Umland mehr zu tun gibt als in Regionen Niedersachsens in denen wir rückläufige Einwohnerzahlen, aber konstante oder gar eine gestiegene Anzahl von Polizeikräften zu verzeichnen haben“, so die beiden Abgeordneten.



CDU-Landeslisten: Spitzenplätze für Bernd Althusmann und Ursula von der Leyen



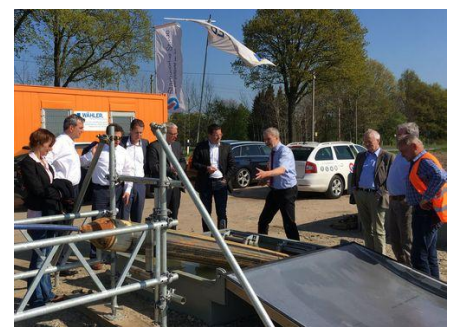
Hannover. Die 120 Delegierten der Landesvertreterversammlungen der CDU in Niedersachsen haben die Landeslisten für die Bundestagswahl 2017 und die Landtagswahl 2018 beschlossen. Mit einer großen Mehrheit stimmten die Delegierten für die CDU-Landesliste zur Landtagswahl am 14. Januar 2018. Damit wählte die CDU in Niedersachsen 252 Tage vor der dem Wahltag offiziell den CDU-Landesvorsitzenden Dr. Bernd Althusmann zu ihrem Spitzenkandidaten auf Listenplatz 1 der Landesliste.

Bernd Althusmann sagte zu den Delegierten: „Die Liste ist das Ergebnis eines intensiven und kollegialen Diskussionsprozesses. Ich bedanke mich für die hohe Zustimmung und die große Geschlossenheit! Unser Ziel ist klar: Die CDU wird deutlich stärkste Kraft am 14. Januar 2018 und nur mit uns wird eine künftige Regierung möglich sein. Niedersachsen braucht wieder eine stabile und verlässliche Landesregierung.“ Dem Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen folgen auf der Liste auf den ersten 10 Plätzen: Björn Thümler (2), Editha Lorberg (3), Dirk Toepffer (4), Ulf Thiele (5), Laura Rebuschat (6), Frank Oesterhelweg (7), Kai Seefried (8), Gudrun Pieper (9) und Jens Nacke (10).

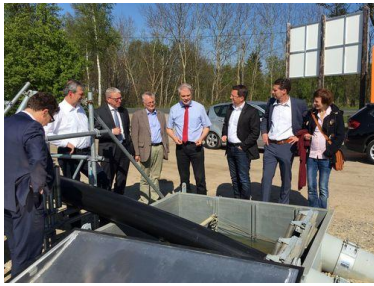
Ebenfalls mit großer Mehrheit wurde die Liste der niedersächsischen CDU-Bundestagskandidaten beschlossen. Auf Platz 1 wählten die Delegierten Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen. Es folgen Michael Grosse-Brömer, Enak Ferlemann, Dr. Maria Flachsbarth und Dr. Matthias Middelberg.

CDU-Landtagsfraktion besichtigt Pilotprojekt von Stadtwerken und AGS Verfahrenstechnik in Stade

Stade. Schlepender Netzausbau, fehlende Akzeptanz für Erdverkabelung in der Bevölkerung in Niedersachsen: Angesichts drängender Probleme bei der Energiewende hat der Arbeitskreis Umwelt, Energie und Klimaschutz der CDU-Landtagsfraktion ein Kooperationsprojekt von Stadtwerken und AGS Verfahrenstechnik in Stade besucht. Die Unternehmen betreiben gemeinsam eine Teststrecke für Erdverkabelung, bei der mit einem auftriebsgestütztem Rutschverfahren („Slipping“) und aktiv gekühlter Stromübertragung eine besonders umweltschonende Methode zum Einsatz kommt. „Eine ökologisch und ökonomisch so wertvolle Technik, die mit



weniger Aufwand in die Erde gebracht werden kann, hat das Zeug dazu, die lokale Akzeptanz für Erdverkabelung zu erhöhen“, sagt Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.



Von der umweltschonenden Verlegung hat sich die Delegation der CDU-Fraktion nun vor Ort überzeugen können: „Die hier getestete Technik ist emissionsfrei, kommt ohne Erwärmung und Austrocknung des Bodens aus und verringert die elektromagnetische Strahlung. Die Bodenfunktionen werden damit ebenso geschont wie Wasserhaushalt, Habitat und Wurzelraum“, so Bäumer. Die Minimierung von Bau- und Rodungsarbeiten reduziere zudem nicht nur die Lärmbelastung für den Menschen, gleichzeitig verbessere sie den Schutz von Flora und Fauna. „Wenn dieses Vorgehen massentauglich wird, muss die rot-grüne Landesregierung seine Anwendung bei den bestehenden Erdkabelprojekten

umgehend prüfen. Umweltschonende, praktikable Verfahren sollten Vorrang genießen“, sagt Bäumer. „SPD und Grüne müssen beim Netzausbau endlich anfangen zu arbeiten. Schon jetzt bezahlen die Menschen in Niedersachsen mehr für ihren Strom als in anderen Bundesländern. Die hier in Stade praktizierte Übertragungstechnik kann die Akzeptanz für Erdverkabelung deutlich erhöht werden – die Landesregierung muss es nur wollen.“

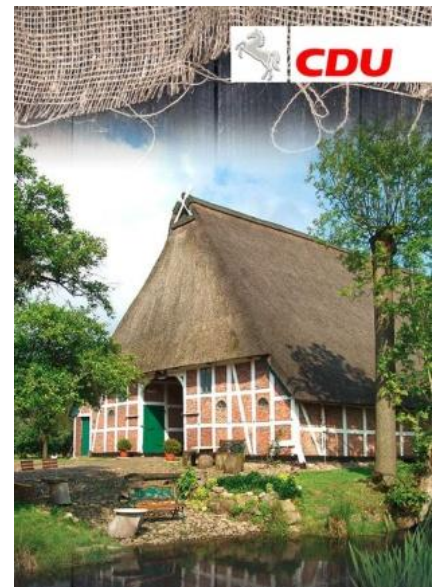
Der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried der den Besuch in Stade organisiert hat, setzt darauf, dass das AGS Verfahren weiter entwickelt und erforscht wird. „Die Verlegung der Leitungstrassen ist ein wesentlicher Schlüssel zum Gelingen der Energiewende. Wir müssen die Chancen die sich aus dem AGS Verfahren anbieten nutzen, um die Akzeptanz in der Bevölkerung weiter zu erhöhen“, so Seefried. Hierbei sieht Seefried auch die Niedersächsische Landesregierung gefordert. „Wir brauchen hier nicht nur nette Worte sondern die aktive Unterstützung des Wirtschaftsministers um die bisherige Entwicklung auch Umsetzungsreif weiter zu entwickeln“, fordert Seefried.

CDU Spitzenkandidat Althusmann beim Sommerempfang

Stade. Vom 4. bis zum 11. Juni 2017 veranstaltet der CDU-Kreisverband Stade wieder die „Woche der CDU“. Die zentrale Veranstaltung und der Höhepunkt der Veranstaltungswoche wird ein großer Sommerempfang am Samstag, dem 10. Juni ab 18 Uhr in der besonderen Atmosphäre des alten Harmshofes, Königreicher Str. 88 in Jork-Königreich sein. Der CDU Kreisverband lädt hierzu nicht nur seine Mitglieder, sondern auch viele Personen aus dem öffentlichen Leben im Landkreis Stade sowie Freunde und Wegbegleiter und alle, die gerne mitfeiern möchten, ein. Die Gäste erwartet ein hoffentlich schöner Sommerabend in wunderbarer Atmosphäre mit Sektempfang und Grillbuffet. Die CDU freut sich aber auch ganz besonders darüber, dass der

CDU- Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 14. Januar 2018, Dr. Bernd Althusmann als Ehrengast an der Veranstaltung teilnehmen wird.

„Nutzen Sie die Gelegenheit, unseren Kandidaten für das Amt des nächsten niedersächsischen Ministerpräsidenten persönlich kennen zu lernen. Unser Sommerempfang soll einfach eine gute Gelegenheit sein, miteinander ins Gespräch zu kommen“, so Kai Seefried. So werden an diesem Abend viele Funktionsträger der CDU aus den Gemeinde- und Stadträten, dem Kreistag aber auch die Landtags- und Bundestagsabgeordneten anwesend sein und für das Gespräch zur Verfügung stehen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Es wird ein Kostenbeitrag von 20,- Euro pro Person erhoben, in dem das umfangreiche Grillbuffet, alkoholfreie Getränke sowie Bier und Wein enthalten sind. Um Anmeldung wird gebeten bis zum 1. Juni unter Telefon 04141-51860 oder per Email: veranstaltungen@cdu-stade.de.



TERMINE KAI SEEFRIED

- 21. Mai 10.00 Uhr**
Schützenfest Fredenbeck
- 22.-24. Mai**
Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion auf Norderney
- 28. Mai 14.30 Uhr**
Schützenfest Hüll
- 29. Mai 19.30 Uhr**
Veranstaltung zum Thema Wolf im Landhaus Hammah in Hammah
- 30. Mai 10.00 Uhr**
Besuch Arbeitskreis Häfen und Schifffahrt der CDU-Landtagsfraktion in Stade
- 30. Mai 19.30 Uhr**
Abend des Ehrenamtes zum Thema GEMA im Stadeum in Stade
- 31. Mai 16.30 Uhr**
Bürgermeistergespräch in Nordkehdingen
- 31. Mai 18.00 Uhr**
Bürgersprechstunde in Nordkehdingen
- 6. Juni 18 Uhr**
Bürgersprechstunde in Stade
- 10. Juni 10 Uhr**
CDU Jubiläumsbezirksparteitag im Landhaus Hammah in Hammah

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

- 21. Mai 11.00 Uhr**
Eröffnung „Haus Hollern“ in Hollern-Twielenfleth
- 21. Mai 13.00 Uhr**
Schützenfest Issendorf
- 21. Mai 15.00 Uhr**
Kreis-Chorfest in Ahlerstedt
- 22.-24. Mai**
Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion auf Norderney
- 24. Mai 13.30 Uhr**
Bereisung der AG Landwirtschaft Bezirk Elbe-Weser
- 29. Mai 16.00 Uhr**
Dialog Metropolregion IHK Lüneburg in Wolfsburg
- 29. Mai 19.30 Uhr**
Veranstaltung zum Thema Wolf im Landhaus Hammah in Hammah
- 3. Juni 14.00 Uhr**
Eröffnung Pfingstmarkt Neukloster
- 10. Juni 10 Uhr**
CDU Jubiläumsbezirksparteitag im Landhaus Hammah in Hammah
- Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.*

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:
Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt
E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 5186-11

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:
www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de